

# Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46<sup>ster</sup>

Jahrgang.



N<sup>o</sup> 39.

1848.

Ratibor, Mittwoch den 26. Juli.

(Eingefandt.)

## Freiheit des Wortes und der Presse in Hinsicht auf Persönlichkeiten.

Seitdem die durch halb Europa ausgebrochenen Revolutionen uns freies Wort und freie Presse gebracht haben, sind bereits viele Dinge, deren öffentliche Besprechung in Wort und Schrift einzelnen Personen oder Ständen so unangenehm geworden ist, daß schon in der constituirenden Versammlung in Berlin ein früher als freisinnig verrufener Mann, der Geh. Rath Abegg gegen die Pressfreiheit sich aussprechen konnte, geschrieen und gesprochen worden.

Untersuchen wir nun genauer, was alles der Besprechung in öffentlichen Blättern oder an öffentlichen Orten unterworfen werden darf und soll, so wird im Allgemeinen die Antwort hierauf sein: Alles, was auf irgend eine Weise die Theilnahme des Volks erregt oder wenigstens erregen sollte; und fragen wir weiter, was denn dieses vorzüglich sei, so werden wir Alles, was die Gemeinde und den Staat betrifft, in den Kreis dieser Antwort fallen sehen; dagegen wird alles, was in den Familien, als wieder den einzelnen Gliedern der Gemeinde vorgeht, nur dann an die Öffentlichkeit gezogen werden dürfen, wenn Vorfälle in denselben ein allgemeines Interesse in Anspruch neh-

men. — Dies letztere wird nun namentlich in folgenden Fällen geschehen müssen:

1. ein Familienmitglied begeht eine durch die Gesetze der Gemeinde und des Staats verbotene Handlung und gefährdet hierdurch die Wohlfahrt beider. Diesen Fall hat man stets unbestritten der Öffentlichkeit überlassen.
2. ein Familienmitglied vollführt eine die Wohlfahrt der Gemeinde und des Staats besonders befördernde Handlung. Diesen Fall hat man ebenfalls in gewöhnlichen Fällen mit besonderem Vergnügen der Öffentlichkeit übergeben;
3. ein Familienmitglied bewirbt sich um ein öffentliches Amt der Gemeinde oder des Staats.

Dies ist der Fall, in welchem gewöhnlich die Öffentlichkeit mit der Familie in Kollision und Streit gekommen ist.

Die Gemeinde und der Staat nämlich verlangen, und können und müssen dies verlangen, daß ein solches öffentliches Amt nicht allein von einem durch hinreichende verbürgte Kenntnisse bekannten Mann verwaltet werde, sondern auch, daß er die zu einem solchen Amte nothwendige Charakterstärke und Unbescholtenheit besitze und diese Tugenden durch alle Handlungen seines Lebens gewährleisten habe.

Je höher das Amt, um so wichtiger die angeführten An-